



Die Bürgerinitiative

www.baesh.de

Unser Ziel ist die Verhinderung der Einlagerung radioaktiv belasteter Abfälle auf der Deponie Balzersen in Harrislee.

Wir kritisieren die Freigabe von radioaktiven Stoffen aus der atomrechtlichen Überwachung und ihre Entsorgung über die konventionelle Abfallwirtschaft.

Gleichzeitig solidarisieren wir uns mit der betroffenen Bevölkerung an den anderen sechs Deponiestandorten. Auch Abfälle mit geringer Radioaktivität müssen atomrechtlich überwacht und sicher eingeschlossen bzw. endgelagert werden. Deshalb machen wir uns stark für die Prüfung und Durchsetzung alternativer Entsorgungskonzepte, wie bspw. das französische Modell.

Wie wir das erreichen wollen? Gemeinsam!

Informieren Sie sich unter: www.baesh.de
Aktuelle Informationen und Termine erhalten Sie zudem bei Eintrag in unseren Newsletter.

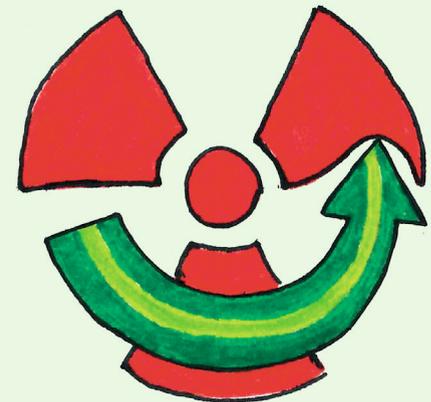
Wir laden alle Interessierten ein:
Zum Bürgergespräch

Wann: Mittwoch, 20. Juli 2016 um 19:19 Uhr
Wo: Ole Möhl · Alter Holmberg 5
24955 Harrislee

Es betrifft: Sie!

Ihre Gesundheit, Ihre Familie, Ihre Mitmenschen, Ihre Heimat.

Informieren Sie sich! Stellen Sie Fragen!
Bleiben Sie wachsam!



BELASTUNGS-CHECK



AKW im Normalbetrieb



Deponie Harrislee

Belastung im Umkreis bis 20 km pro Person pro Jahr	geringer als 10 Mikro-Sievert Quelle: Deutsches Atomforum e.V., 2008	bis zu 10 Mikro-Sievert Angaben MELUR
Kinderkrebsrate im Umkreis bis 20 km	signifikant Quelle: KIKK-Studie, 2007	noch unbekannt

Bürgerinitiative

Atommüll Einlagerung Stopp Harrislee · www.baesh.de

Angela Wolff (V.i.S.d.P.) · Jahresring 24 · 24955 Harrislee

info@baesh.de

Bürgerinitiative · baesh.de
Atommüll Einlagerung Stopp Harrislee

Strahlender Müll soll in Harrislee endgelagert werden

Die Deponie Balzersen in Harrislee ist eine von sieben Deponien in Schleswig-Holstein, die den zur Deposition vorgesehenen Müll aus dem Rückbau der vier Atomkraftwerke und kerntechnischen Anlagen im ‚echten Norden‘ aufnehmen soll.

Kein Problem, finden Herr Habeck und sein Ministerium (MELUR), denn dieser Müll sei kein Atommüll. Das stimmt auch, denn das deutsche Atomrecht bietet die Möglichkeit, Atommüll in ganz normalen Abfall zu verwandeln. Nämlich immer dann, wenn die gemessene Radioaktivität unterhalb der Kategorien schwach-, mittel- und hochradioaktiv liegt. Dieser Müll ist dann per Gesetz kein Atommüll mehr und wird wie ganz normaler Müll nach dem Abfallrecht recycelt, verbrannt oder deponiert.

Die AKW-Betreiber finden das prima, denn sie können ihre Rückbaukosten auf diese Weise erheblich senken.

Wir finden das schlecht, denn allein beim AKW-Rückbau in Schleswig-Holstein werden mehr als eine Million Tonnen teils radioaktiv belasteter Abfälle freigesetzt.



Wir finden:

Atommüll gehört nicht in die Abfalltonne!

Zwei Fragen:

Können wir es als Gesellschaft verantworten, Abfälle mit geringer Radioaktivität in großen Mengen in die Umwelt freizusetzen und über unser Land zu verteilen, obwohl wir wissen,...

- » ...dass die Auswirkungen nicht berechenbar sind und Mehrfach- und Dauerbelastungen bei der Risikobewertung gar nicht berücksichtigt wurden?
- » ...dass Radioaktivität auch in geringen Dosen schädlich ist und uns krank machen kann?
- » ...dass Umweltverbände (z.B. BUND), Ärztevereinigungen (z.B. IPPNW), Physiker und Biologen vor den Risiken und möglichen Auswirkungen warnen?
- » ...dass es bei der Entsorgung von Atommüll seitens der AKW-Betreiber und Politiker schon viele vermeintlich gute Lösungen gab, die sich im Nachhinein als schlecht bzw. katastrophal erwiesen haben?
- » ...dass wir diesen Müll nie wieder einsammeln werden können?
- » ...dass es für geringstrahlenden Müll bessere Entsorgungsalternativen gibt, die zwar teurer sind, aber Mensch und Umwelt viel effektiver vor radioaktiver Strahlung und Kontamination schützen würden?

Können wir uns bei den Radioaktivitätsmessungen auf die Richtigkeit der Messergebnisse verlassen, obwohl wir wissen,...

- » ...dass die Messungen von den AKW-Betreibern selbst und ohne durchgängige Überwachung durchgeführt werden?
- » ...dass die AKW-Betreiber hohe Kosten einsparen, wenn sie möglichst viel Abfall über die normale Abfallwirtschaft entsorgen können?
- » ...dass die AKW-Betreiber die wirtschaftlichen Interessen ihrer Anteilseigner berücksichtigen, also vor allem dem Shareholder Value verpflichtet sind?
- » ...dass z.B. im Lager Asse in Niedersachsen auch hochradioaktive Abfälle eingelagert wurden, die dort nicht hätten gelagert werden dürfen?
- » ...dass in der Vergangenheit AKW-Pannen, -Unfälle und Deponierungen mit behördlicher Duldung, auf deren Anweisung oder ohne deren Wissen veruscht, verheimlicht und verharmlost wurden?
- » ...dass die AKW-Betreiber Milliardenklagen gegen unser Land erheben, obwohl sie über Jahrzehnte mit Steuergeldern subventioniert wurden?

Wie ist es möglich, dass diese Fragen für den Umweltminister des Landes Schleswig-Holstein vernachlässigbar sind?

Wir fordern Politiker und die Atomwirtschaft auf, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und wirtschaftlichen Interessen nicht den Vorrang vor der Unversehrtheit von Mensch und Umwelt zu geben.

Die Entsorgung radioaktiver Rückbaumasse über die konventionelle Abfallwirtschaft ist in erster Linie ein Finanzierungsgeschenk an die Atomwirtschaft auf Kosten der Bevölkerung.

Wir sind nicht bereit, den AKW-Rückbau mit unserer Gesundheit zu finanzieren!